

Jenfeld/ Marienthal

**Bürgerinitiative
Rettet die Rodigallee**

Hamburg, 22. Februar 2023

Pressemitteilung

im Nachgang zur Stadtteilkonferenz in Jenfeld

Termin: Mo., 20.02.2023, 18:30 Uhr

Ort: Jenfeld-Haus, Charlottenburger Str. 1, 22043 Hamburg

Mit den nun verlängerten Abbiegespuren an den Kreuzungen, den gesonderten Abbiegespuren für die Straßen Kielmannseggstraße, Alphonstraße und Denksteinweg, dem Einführen von Lieferzonen und auch der Umgestaltung der Radwege nach dem Kopenhagener Modell hat der LSBG bereits einige Forderungen der Bürgerinitiative „Rettet die Rodigallee“ mit in seine Planungen aufgenommen. „Zu wenig“ so der Referent der Bürgerinitiative Christian Paulsen: „Bevor mit Drangsalierungen und Verboten hinten angeschoben werden kann, muss man vorne erstmal Angebote und Alternativen schaffen. Dies ist hier nicht geschehen! Denn selbst bei der aktuellen 4-Spurigkeit kommt es zu Staus. Eine weitere Fahrbahnverengung wird den Verkehrsdruck im Stadtteil weiter erhöhen. Es müssen Lösungen für die Pendler aus der Metropolregion geschaffen werden. Dies kann nur eine U-Bahn Haltestelle „Jenfeld-Zentrum“ mit dann nachgelagerten Haltestellen nach Schleswig-Holstein sein. Leider geschieht die Mobilitätswende in Jenfeld/Marienthal nach dem Motto „irgendwo müssen wir ja anfangen“, so Christian Paulsen weiter. In der Präsentation der Pläne wurde deutlich was für ein Flickenteppich auf die Anwohner zukommen wird: Der Radfahrstreifen wird spätestens in den Wandsbeker „Bahngärten“ im Nichts enden. Die U- und S-Bahnhaltestellen, die zur Entlastung der Rodigallee beitragen sollen, werden erst Jahre nach dem Rückbau der Rodigallee fertig sein. Es bleibt völlig unklar, wann der Ausbau der S4 überhaupt die Landesgrenze erreichen wird. Wohin sich der Verkehr zukünftig verlagern wird, ließen die Behördenvertreter LSBG-Amtsleiter Grote und BVM-Amtsleiter Huber zum großen Unmut der Bürger:innen unbeantwortet. Auch die Frage weswegen keine Ladesäulen an der neuen Rodigallee errichtet werden, wenn doch der Umstieg auf die E-Mobilität die wichtigste Stellgröße in Bezug auf die angestrebte Mobilitätswende sei, fand keine Beantwortung durch die Behördenvertreter.

Christian Paulsen kann die daraus resultierende Unzufriedenheit der Bürger:innen nachvollziehen: „Es wurde ganz deutlich: Über 100 Millionen Euro für ein rein symbolpolitisches Projekt ohne klaren Zugewinn für das Klima, vorbei am Bedarf der Bürger – das lehnt die überwältigende Mehrheit der Menschen ab! Das wurde auf der Stadtteilkonferenz sehr deutlich! Dass der Umbau dennoch kommen soll, zerrüttet das Demokratieverständnis der Menschen! Es wird höchste Zeit für einen politischen Wechsel in der Hamburger Verkehrspolitik!

Rückfragen: Christian Paulsen, christian-paulsen@web.de

Tel.: 0176 - 80 36 96 36 www.openpetition.de/!rodigallee